

# Gründung einer neuen Partei in Liechtenstein

Interview mit Christian Frommelt zum Beitrag «Ein letztes Aufbäumen gegen die von der Mehrheit mitgetragene Coronapolitik» von Elias Quaderer, erschienen im Liechtensteiner Vaterland vom 7. Januar 2022

*Liechtensteiner Vaterland: Mit der Partei «Mensch im Mittelpunkt» gründete sich eine Gruppierung, die in erster Linie eine Aufhebung der staatlichen Corona-Schutzmassnahmen zum Ziel hat. Für Liechtenstein ist eine solche «Ein-Themen-Partei» ein Novum. Gibt es in anderen europäischen Staaten Beispiele für solche Ein-Themen-Parteien, die ernstzunehmende Wahlerfolge erzielen können?*

**Christian Frommelt:** Ein-Themen-Parteien gibt es erstaunlich viele. Beliebt sind dabei Themen wie das Tierwohl oder die Legalisierung von Cannabis, wozu es in diversen europäischen Staaten Beispiele gibt. In der Regel sind solche Parteien aber nicht sehr erfolgreich und oft auch nicht sehr langlebig. Neben dem engen Fokus auf ein bestimmtes Thema lässt sich der ausbleibende Erfolg auch mit fehlenden Strukturen und mangelhafter Professionalisierung erklären. Fasst man den Begriff der Ein-Themen-Partei etwas weiter, dann lassen sich aber auch durchaus erfolgreiche Parteien darunter subsumieren. So waren z. B. in den Niederlanden und Belgien Anti-Migration-Parteien vergleichsweise erfolgreich und im Vereinigten Königreich verzeichnete die Anti-EU-Partei UKIP in den vergangenen Jahrzehnten bei einzelnen Wahlgängen hohe Stimmanteile.

Wie gesagt, handelt es sich hierbei aber nicht um typische Ein-Themen-Parteien. Die Anti-Corona-Parteien würde ich nicht automatisch als Ein-Themen-Parteien einordnen, sondern eher allgemein als Protestparteien, so auch die in Liechtenstein geplante Partei.

*Wie schätzen Sie die Chancen einer Ein-Themen-Partei in Liechtenstein generell ein?*

Die Erfolgchancen einer Ein-Themen-Partei in Liechtenstein hängen stark vom Thema, von

den Kandidierenden und vom politischen Kontext ab. Das lässt sich also nicht pauschal vorhersagen. Aufgrund der Sperrklausel bei den Landtagswahlen sowie generell der geringen Mandatszahl von Landtag und Gemeinderäten ist ein Mandatsgewinn in Liechtenstein aber sehr schwierig. Bleibt der politische Erfolg aus, wird es immer schwerer, politisches Personal – also Parteifunktionäre und Kandidierende – zu gewinnen. Das gilt natürlich nicht nur für Ein-Themen-Parteien, sondern generell für Kleinparteien.

*Und wie sehen Sie die Chancen der neuen Partei Mensch im Mittelpunkt?*

Da man noch sehr wenig über die neue Partei weiss, lässt sich auch nicht viel über ihr Potenzial sagen. Ich glaube aber nicht, dass eine solche Partei in Liechtenstein tatsächlich grosse Aussichten auf politische Erfolge hat. Die nächsten Wahlen in Liechtenstein finden erst im Frühjahr 2023 statt und dann werden wir hoffentlich eine andere Pandemielage haben. Zwar erzielten Kandidierende neuer Parteien oder auch Parteilose gerade bei Gemeinderatswahlen schon den einen oder anderen Überraschungserfolg. Meist handelt es sich dabei aber um in der Gemeinde bereits bekannte Personen. Entscheidend für den Wahlerfolg ist dann vor allem Sympathie. Tradition und Nutzenüberlegungen bleiben aber ebenso wichtigste Wahlmotive. Und da stellt sich schon die Frage, was denn so eine Partei ihren Wählerinnen und Wähler über die Pandemie hinaus bringen kann.

*In Deutschland ist zu sehen, dass Kleinparteien – gerade auch Ein-Themen-Parteien – zunehmende Beliebtheit geniessen, auch wenn sie in der Regel unter fünf Prozent bleiben. Das wird einerseits mit dem zunehmenden*

*Individualismus erklärt. Statt einem politischen Gesamtpaket wollen immer mehr Wähler einfach ein ihnen wichtiges Thema umgesetzt haben. Andererseits wird auch angeführt, dass Kleinparteien ein Ventil für Unzufriedenheit sind. Könnten diese zwei Faktoren auch in der Liechtensteiner Wählerschaft eine Rolle spielen?*

Wie in den meisten europäischen Staaten lassen auch in Liechtenstein die Parteibindungen nach. Die von Ihnen genannten Individualisierung und Unzufriedenheit spielen hier sicherlich eine Rolle. Das wurde bei der Gründung der Partei «Die Unabhängigen» deutlich. Die vergangenen Landtagswahlen haben aber auch gezeigt, dass erodierende Parteibindungen, Individualisierung und Volatilität nicht zwingend einen Stimmverlust der beiden Grossparteien VU und FBP bewirken müssen. In Liechtenstein spielt dabei sicherlich auch eine grosse Rolle, dass verschiedene Formen der politischen Partizipation bestehen. Sind die Leute unzufrieden, müssen sie nicht gleich eine neue Partei gründen, um ihre Anliegen anzubringen. Im Gegenteil: Referenden und Initiativen sind meist deutlich erfolgsversprechender als die Gründung einer neuen Partei.

*Dann wären also andere Mittel für die politischen Ziele der neuen Partei erfolgsversprechender gewesen?*

Wie gesagt, weiss man noch sehr wenig über die neue Partei und ihr Programm. Wenn es der Partei aber tatsächlich vor allem darum geht, «das Land wieder in die Normalität zu führen», dann ist eine Parteigründung nicht das offensichtliche Mittel. Umgekehrt haben der Ausgang der Abstimmung zum COVID-19-Gesetz in der Schweiz sowie die in der Tendenz rückläufige Teilnahme bei den Kundgebungen der letzten Monate aber bereits gezeigt, dass diese Formen der politischen Beteiligung keinen radikalen Kurswechsel in der Coronapolitik bewirken können. Einerseits wird die Coronapolitik von der grossen Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen und andererseits besteht natürlich auch eine sachpolitische Notwendigkeit für die Massnahmen zur Bekämpfung des Virus. Insofern kann die Gründung der neuen Partei auch als ein letztes Aufbäumen gegen die in Liechtenstein von allen etablierten politischen Parteien und

demokratisch legitimierten Institutionen mitgetragenen und mitgestalteten Coronapolitik verstanden werden. Ein letztes Aufbäumen deshalb, weil aufgrund der frühestens im nächsten Jahr anstehenden Wahlen die Parteigründung kaum eine unmittelbare Wirkung hat und weil sich derzeit die Anzeichen für eine baldige Lockerung der mit der Pandemie einhergehenden einschränkenden Massnahmen mehren. Der Wunsch nach einer raschen Rückkehr in die Normalität ist im Übrigen ein Anliegen, das allen Parteien gemein ist.

*Für das Entstehen neuer Parteien wird in der Politikwissenschaft häufig die Cleavage-Theorie zur Erklärung herangezogen. Diese besagt, dass sich Parteien entlang von gesellschaftlichen Spalt-Linien wie Arbeit und Kapital, Kirche und Staat oder Stadt und Land formen. Könnte die Coronapolitik auch als eine solche Spalt-Linie dienen, an der entlang sich das Parteiensystem neu formiert? Oder taugt die Pandemie als zeitlich beschränktes Katastrophen-Ereignis nicht dazu, langfristige Veränderungen des Parteiensystems anzustossen?*

Die Coronapandemie wird nach meiner Meinung keine eigene gesellschaftliche Konfliktlinie im Sinne eines dauerhaften Grundkonfliktes etablieren. Eine solche Konfliktlinie wäre allenfalls denkbar, wenn es dauerhaft zu Einschränkungen kommen würde.

Gerade mit Blick auf die westeuropäischen Staaten bin ich aber davon überzeugt, dass wir nach dem Ende der Coronapandemie rasch wieder zur politischen Normalität zurückkehren werden. Staaten wie Dänemark und Schweden haben dies ja im Sommer – zumindest kurzfristig – bereits gemacht. Das heisst natürlich nicht, dass die Auswirkungen der Coronapandemie die Politik nicht mehr beschäftigen werden. Die ökonomischen Folgen der Pandemie oder allfällige Lehren mit Blick auf die nationale und internationale Krisenbewältigung werden dann aber vor allem entlang bereits bestehender Konfliktlinien diskutiert werden – also z. B. zwischen sozialstaatlicher und marktwirtschaftlicher, nationaler und internationaler sowie liberaler und konservativer Orientierung.

Unklar ist für mich allerdings, inwieweit sich die Unzufriedenheit mit der Politik verstetigt, was z. B. zu einer geringeren politischen

Partizipation führen könnte. Diese Unzufriedenheit zeigt sich im Übrigen nicht nur bei den Massnahmengegnern, sondern auch bei jenen, denen die aktuellen Massnahmen zu wenig weit gehen. Wichtig wird auch sein, wie sich das Vertrauen in die Medien und andere Funktionsbereiche der Gesellschaft sowie generell die Debattenkultur entwickeln. Das sind aber mehr Fragen der politischen Kultur, die nicht unmittelbar zu Veränderungen im Parteiensystem führen werden.

[Originalwortlaut; im Sinne einer besseren Lesbarkeit wurden zwei Zwischenfragen eingefügt]

Liechtenstein-Institut  
St. Luziweg 2  
9487 Gamprin-Bendern  
info@liechtenstein-institut.li  
www.liechtenstein-institut.li